

Newsletter

Ausgabe 34 / 29. Mai 2018

Geschätzte Mitglieder der parlamentarischen Gruppe KAIRO+
Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Mit dieser aktuellen Ausgabe unseres Newsletters begrüssen wir Sie herzlich zur Sommersession. Auf diese Session hin tritt Christine Häsler aufgrund ihrer Wahl in den Berner Regierungsrat aus dem Nationalrat zurück und gibt damit verbunden auch ihre Aufgaben als Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ ab. Wir danken ihr an dieser Stelle ganz herzlich für ihr Engagement für die Gruppe und wünschen ihr für ihre neuen wichtigen Aufgaben im Kanton Bern alles Gute. Über ihre Nachfolge wird in den nächsten Wochen entschieden.

Aufgrund einer Verschiebung wird in dieser Session kein reguläres Treffen der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ stattfinden. Wie Sie den Aktualitäten und dem Sessionsprogramm aber entnehmen können, sind auch in der Sommersession einige wichtige Geschäfte aus dem Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte am Laufen. Bei Fragen können Sie sich jederzeit an das Sekretariat der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ wenden, das gerne auch Anregungen aufnimmt.

Aktuell

- Die parlamentarische Gruppe KAIRO+ hat an einer gut besuchten Veranstaltung am 7. März das Thema **reproduktive Gesundheit und Rechte von asylsuchenden Frauen** behandelt. Nach den Inputreferaten von Moncia Fero, Direktorin des Genfer Büros von UNFPA, sowie von Esther Maurer, Vizedirektorin des Bundesamtes für Migration SEM, und Annette Koller, wissenschaftliche Adjunktin der Abteilung Empfangs- und Verfahrenszentren, folgte ein reger Austausch mit weiteren Fachleuten zur Frage, ob die Gesundheitsversorgung von schwangeren Asylsuchenden in der Schweiz ausreichend ist.



Foto (SM) von links:
Esther Maurer (SEM), Yvonne Feri und Christine Häsler (Co-Präsidium KAIRO+) und Monica Ferro (UNFPA)

Aus der Sicht des SEM bestehen Herausforderungen unter anderem bei der Sicherstellung der Kontinuität der Gesundheitsversorgung, beim Umgang mit traumatisierten Asylsuchenden sowie der Finanzierung der Kosten. Für die Autorinnen der Studie «Sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung von Frauen und ihren Säuglingen in Asylunterkünften in der Schweiz» (REFUGEE 2017), die ebenfalls an der Veranstaltung teilnahmen, ist die Versorgung dieser besonders vulnerablen Gruppe mangelhaft. Sie erhalten zwar die medizinische Grundversorgung, es bestehen aber starke Limitierungen und hohe Zugangsbarrieren, so dass eine adäquate Versorgung nicht gewährleistet ist. Die Autorinnen empfehlen unter anderem, dass das interkulturelle Dolmetschen in allen Kantonen flächendeckend angeboten und von der Krankenkasse übernommen wird und dass nicht ärztliches Gesundheitspersonal wie Hebammen systematisch in die Versorgung eingebunden wird. Auch muss der kostenlose Zugang zu selbstbestimmter Verhütung sichergestellt werden.

➤ **REFUGEE Studie 2017**

https://www.gesundheit.bfh.ch/uploads/tx_frppublikationen/Sexuelle_und_reproduktive_Gesundheitsversorgung_von_Frauen_und_ihren_Saeuglingen_in_Asylunterkuenften_in_der_Schweiz_REFUGEE.pdf

- Nationalrätin **Christine Häslér**, die **Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe KAIRO+**, ist bei den kantonalen Wahlen Mitte März in den **Regierungsrat des Kantons Bern** gewählt worden. Sie wird ihr neues Amt Anfang Juni antreten. Wir freuen uns über



das gute Wahlergebnis und gratulieren Christine herzlich zu diesem Erfolg. Gleichzeitig bedauern wir sehr, dass sie dadurch auf die Sommersession hin aus dem Nationalrat ausscheiden wird und damit verbunden auch das Co-Präsidium der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ ablegt. Wir danken ihr ganz herzlich für ihr Engagement für die Gruppe und wünschen ihr alles Gute und viel Erfolg im neuen Amt als Vorsteherin der Erziehungsdirektion des Kantons Bern.

Über ihre Nachfolge im Co-Präsidium der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ werden wir während der Sommersession entscheiden. Interessierte können sich gerne beim Sekretariat melden: susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch

- Die Schweiz hat einen wichtigen Meilenstein zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen inklusive häusliche Gewalt erreicht: Am 1. April ist das **Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt** in Kraft getreten. Die sogenannte **Istanbul-Konvention** ist von grosser Bedeutung, weil sie das erste verbindliche Abkommen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist. Sie enthält sehr konkrete und umfassende Massnahmen zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und tangiert auch die sexuellen Rechte. Die Konvention hebt hervor, dass die Verwirklichung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter ein Schlüsselement für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist und fordert auch diesbezüglich konkrete Massnahmen. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz fordert Bund und Kantone auf, die Istanbul-Konvention rasch, konsequent und koordiniert umzusetzen und dafür die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

➤ **Medienmitteilung SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz**

https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2018/03/MM_SGCH_IstanbulKonvention_27.3.2018.pdf

➤ **Istanbul-Konvention:**

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/281.pdf>

➤ **Schweizer Website zur Istanbul-Konvention**

<http://www.istanbulkonvention.ch/>

- Der Nationalrat wird am 12. Juni über das **Postulat 18.3381 Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans Papiers** abstimmen. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz, die Aids-Hilfe Schweiz, der Positivrat sowie der Groupe sida Genève empfehlen in einer gemeinsamen Stellungnahme, das Postulat anzunehmen. Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht vorzulegen, unter anderem über das Recht von Personen ohne regulären Aufenthaltsstatus («Sans-Papiers») auf Beitritt zu den Sozialversicherungen und die Folgen eines möglichen Entzugs dieses Rechts für Bund, Kantone, Gemeinden und betroffene «Sans-Papiers». Eine ebenfalls auf den 12. Juni traktandierte Motion zielte darauf ab «Sans Papiers» vom Sozialversicherungsschutz auszuschliessen und gleichzeitig den Kantonen und Gemeinden die finanzielle Last der Versorgung im Krankheitsfall zu übertragen. Sie wurde inzwischen aber zurückgezogen. Die vier Organisationen betonen, dass der Ausschluss von «Sans-Papiers» aus dem Kreis der sozialschutzberechtigten Personen dramatische Folgen auf deren Gesundheitszustand hätte. Der Zugang zu Leistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit oder die Behandlung der meisten chronischen Erkrankungen würden unzugänglich und unerschwinglich. Die Organisationen weisen auch darauf hin, dass Kosten für unbehandelte Krankheiten im fortgeschrittenen Stadium weit über den Kosten für Prävention oder frühzeitige Behandlung liegen. Zudem hätte die Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppen auch besorgniserregende Folgen für die öffentliche Gesundheit.

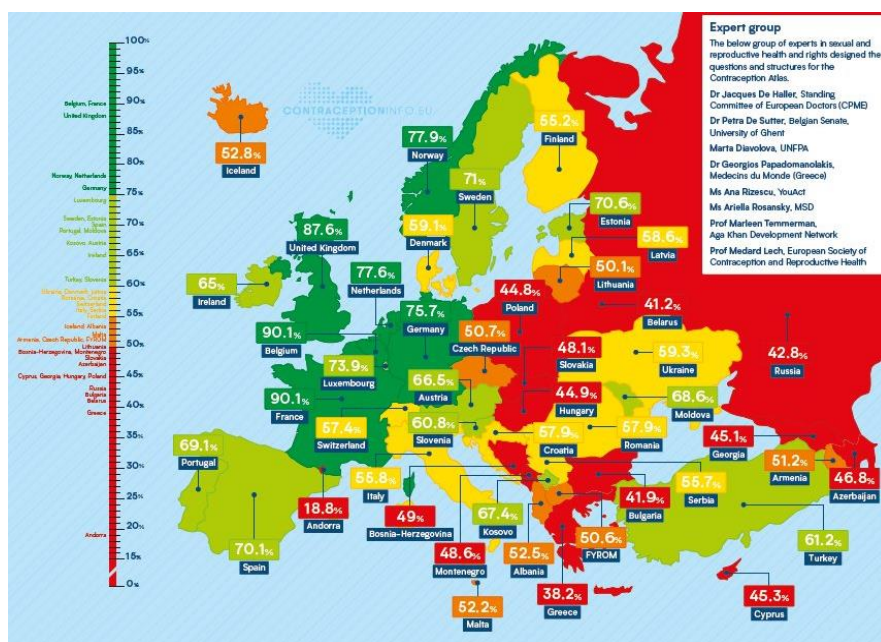
➤ Stellungnahme

https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2018/05/18-3005_Stimmempfehlung-NR-12.06.2018_de.pdf

➤ 18.3381 n Po. SPK. Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?Affairid=20183381>

- Der **Contraception Atlas 2018** ist online. Auch die zweite aktualisierte Auflage gibt anhand einer Karte einen Überblick, wie gut der Zugang zu Verhütung in 46 europäischen Ländern ist. Detailliertere Informationen geben genauere Angaben beispielsweise über die Policies in den einzelnen Ländern, Zugang zu verschiedenen Verhütungsmethoden, Beratungsangeboten und die Bereitstellung von Online Informationen. Im Zugangsbarometer rangiert die Schweiz in der Mitte mit einem Ranking von lediglich 57,4 %. Der Contraception Atlas zeigt auf, dass in der Schweiz in Sachen Zugang zu Verhütung bedeutender Handlungsbedarf besteht.



➤ Contraception Atlas 2018

<https://www.contraceptioninfo.eu/>

- Das dänische Institut für Menschenrechte hat einen **UPR-SDG Data Explorer** entwickelt, der neu zugänglich ist. Die Datenbank verbindet Empfehlungen aus der allgemeinen periodischen Überprüfung des UNO-Menschenrechtsrates (Universal Periodic Review UPR) mit den Zielsetzungen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Dementsprechend verknüpfte Informationen können auch für jedes Land und jede Region abgerufen werden.



- [UPR-SDG Data Explorer](http://upr.humanrights.dk/)
<http://upr.humanrights.dk/>

- Die zivilgesellschaftliche **Plattform Agenda 2030** fordert vom Bundesrat einen klaren Ansprechpartner für die Umsetzung der Agenda 2030 zu nachhaltiger Entwicklung mit ausreichenden Ressourcen. Konkret hat die Plattform den Bundesrat in einem Brief Ende Februar aufgefordert eine hochrangig angesiedelte, zentrale institutionelle Einheit zu schaffen und diese mit ausreichenden Kompetenzen und Ressourcen auszustatten. Die Plattform Agenda 2030 ist ein Zusammenschluss von rund 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, Gender, Gesundheit, Umweltschutz, Frieden, nachhaltiges Wirtschaften sowie Gewerkschaften.

- [Plattform Agenda 2030](https://plattformagenda2030.ch/)
<https://plattformagenda2030.ch/>

- Vom 9. – 13. April hat in New York die 51. Session der **Commission on Population and Development** (CPD) zum Thema *“Sustainable cities, human mobility and international migration”* stattgefunden. Zur grossen Enttäuschung konnten sich die Staaten in diesem Jahr erneut nicht auf ein Abschlussdokument einigen. Nach intensiven einwöchigen Verhandlungen wurde zwar ein Kompromiss präsentiert, der aber von der Delegation der USA aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte verworfen wurde. 35 Staaten, darunter die Schweiz, haben daraufhin eine Stellungnahme zur Bedeutung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte für Frauen und Mädchen abgelegt.



- [Statement von 35 Ländern zum Abschluss von CPD](http://www.un.org/en/development/desa/population/pdf/commission/2018/country/closing/en_tunisia.pdf)
http://www.un.org/en/development/desa/population/pdf/commission/2018/country/closing/en_tunisia.pdf
- [IPPF-Stellungnahme zum Abschluss von CPD 2018](https://www.ippf.org/news/ippf-statement-outcome-2018-un-commission-population-and-development)
<https://www.ippf.org/news/ippf-statement-outcome-2018-un-commission-population-and-development>
- [51th Commission on Population and Development](http://www.un.org/en/development/desa/population/commission/sessions/2018/index.shtml)
<http://www.un.org/en/development/desa/population/commission/sessions/2018/index.shtml>

Die CPD hat zur Aufgabe, die Umsetzung des Aktionsprogramms der UNO-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung von Kairo zu begleiten und zu überwachen.

- Das European Parliamentary Forum on Population and Development (EPF) hat im April ein neues Buch mit alarmierenden Informationen über die **Anti-Choice Bewegung** Europas herausgegeben. Der Titel **„Restoring the Natural Order: an Agenda for Europe“** bezieht sich auf ein Strategiepapier von Erzkonservativen, welche sich zum Ziel setzen, sexualitätsbezogene Menschenrechte ausser Kraft zu setzen. Konkret sollen Errungen-

schaften beispielsweise beim Zugang zu Verhütung und beim Schwangerschaftsabbruch rückgängig gemacht und die Rechte von homosexuellen, bisexuellen, transsexuellen und Intersex Menschen eingeschränkt werden. Beispielsweise Polen ist daran, mit starker Unterstützung der katholischen Kirche das bereits restriktive Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch nochmals massiv zu verschärfen. Das Buch zeigt auf, wie sich unter dem Namen «Agenda Europe» inzwischen mehr als 100 Organisationen aus 30 Ländern zusammengeschlossen haben.



[Buch: Restoring the Natural Order
https://www.epfweb.org/node/690](https://www.epfweb.org/node/690)

- Mitte April haben 1166 zivilgesellschaftliche Organisationen aus 42 Europarats-Staaten einen Brief an den Generalsekretär des Europarates geschickt, in welchem sie die **Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** verteidigten. Koordiniert wurde die Aktion von WAVE, dem Netzwerk *Women against Violence Europe*. Die Aktion ist die Antwort auf eine Attacke auf wichtige Grundlagen der sogenannten Istanbul-Konvention. In einem vorausgegangenen Brief hatten 333 Organisationen das anerkannte Grundprinzip in Frage gestellt, dass Geschlechterungleichheit und Diskriminierungen sowohl Ursache als auch Konsequenz von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind. Damit werden Anstrengungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen unterwandert.
 - [WAVE Brief
https://www.morcati.org.tr/attachments/article/455/wave-letter-to-sec-gen-of-coe-thorbiorn-jagland.pdf](https://www.morcati.org.tr/attachments/article/455/wave-letter-to-sec-gen-of-coe-thorbiorn-jagland.pdf)
- Der dritte **Universal Periodic Review (UPR)** der Schweiz hat am 15. März an der Sitzung des UNO-Menschenrechtsrates in Genf seinen vorläufigen Abschluss gefunden. Die Schweiz hatte von über 100 Staaten insgesamt 251 Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtsslage erhalten. Der Bundesrat hat davon 160 Empfehlungen angenommen und 91 abgelehnt. SEXUELLE GESUNDHEIT (SGCH) Schweiz kommentierte in einem mündlichen Statement in Genf die vorliegenden Resultate. SGCH kritisiert, dass die Schweiz beim Schutz vor Diskriminierungen insbesondere von LGBTI Menschen nur zögerlich vorwärts macht und griffige umfassende Massnahmen auf Gesetzesebene nach wie vor ablehnt. Im weiteren begrüsst SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz, dass die Schweiz wichtige Empfehlungen zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung angenommen hat. Gleichzeitig bedauert SGCH es, dass Massnahmen zur Einführung eines Vaterschaftsurlaubs ablehnt wurden. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz hat sich auch im Rahmen dieses dritten Zyklus des alle vier Jahre stattfindenden UPRs engagiert und im Frühling 2017 zusammen mit der Sexual Rights Initiative einen Schattenbericht mit Fokus sexuelle Rechte eingereicht.
 - **Oral Statement zum UPR**
https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2018/03/180312_UPR_Oral_Statement.pdf
 - **Infos zum UPR**
<https://www.sante-sexuelle.ch/was-wir-tun/sexuelle-rechte/>
 - **Schattenbericht von SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz**
https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2017/03/UPR_SWITZERLAND-FINAL.pdf

Agenda

- Die nächste **Sitzung der parlamentarischen Gruppe KAIRO+** findet in der Herbstsession statt, planmässig am **Mittwoch, 26. September**. Wir werden an dieser Sitzung voraussichtlich das Thema Sexuaufklärung in der Schweiz behandeln. Während der Sommersession findet ausnahmsweise keine Sitzung statt.
- Vom 9. – 18. Juli findet in New York das **High Level Political Forum (HLPF)** zu nachhaltiger Entwicklung statt. Das Thema des diesjährigen HLPF lautet "*Transformation towards sustainable and resilient societies*". Neben dem Nachhaltigkeitsziel 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele), das jedes Jahr überprüft wird, stehen im 2018 die Ziele 6 (Wasser und Sanitäreinrichtungen), 7 (Energie), 11 (Städte und Gemeinden), 12 (Konsum und Produktion), 15 (Leben an Land / Ökosysteme) im Zentrum.



HIGH-LEVEL POLITICAL FORUM ON SUSTAINABLE DEVELOPMENT

Das High Level Political Forum tagt jährlich und ist dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen unterstellt. Das HLPF spielt eine zentrale Rolle beim Follow-up und der Überprüfung der Umsetzung der Agenda 2030 und der nachhaltigen Entwicklungsziele. Die Schweiz wird am HLPF 2018 ihren ersten umfassenden Länderbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 zu nachhaltiger Entwicklung vorlegen.

- [High Level Political Forum on Sustainable Development](https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf)
<https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf>
- [HLPF 2018](https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf/2018)
<https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf/2018>

- **SESSIONSPROGRAMM MIT FOKUS AUF KAIRO+ RELEVANTE THEMEN**

NATIONALRAT

- Dienstag, 5. Juni 2018
18.009 ns Aussenpolitischer Bericht 2017
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20180009>
18.3378 n Mo. APK. Länderberichte von internationalen Organisationen über die Schweiz. Einbezug des Parlaments ins Konsultationsverfahren
<https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20183378>
- Montag, 11. Juni 2018
Ev. 17.048 n Genetische Untersuchungen beim Menschen. Bundesgesetz - Differenzen
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20170048>
- Dienstag, 12. Juni 2018
17.497 n Pa.Iv. WBK. Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20170497>
18.3005 n Mo. SGK. Für eine kohärente Gesetzgebung zu Sans-Papiers
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20183005>
18.3381 n Po. SPK. Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20183381>

STÄNDERAT

- Dienstag, 29. Mai 2018
17.047 s Gleichstellungsgesetz. Änderung
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20170047>
- Mittwoch, 30. Mai 2018
17.048 n Genetische Untersuchungen beim Menschen. Bundesgesetz
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20170048>
- Montag, 11. Juni 2018
17.062 s Schutz gewaltbetroffener Personen. Bundesgesetz
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20170062>
18.3234 s Po. Caroni. Übersicht über das Konkubinatsrecht im geltenden Recht
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20183234>
- Dienstag, 12. Juni 2018
18.009 ns Aussenpolitischer Bericht 2017
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20180009>
18.3243 s Ip. Savary. Sexuelle Gewalt in Konflikten stärker bekämpfen
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20183243>
- Mittwoch, 13. Juni 2018
18.3092 s Po. Maury Pasquier. Depakine-Skandal: Untersuchung der Situation in der Schweiz
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20183092>
18.3093 s Ip. Maury Pasquier. Kostenbeteiligung bei Mutterschaft. Die Gesetzeslage ist noch immer nicht bekannt!
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20183093>
18.3236 s Ip. Berberat. Aufnahme von Tetrasomie 15q in die Liste der Geburtsgebrechen
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20183236>

Wissen

Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Schweiz

Das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, ist in der Schweiz am 1. April in Kraft getreten. Es ist von grosser Bedeutung, weil es sich europaweit um das erste bindende Abkommen handelt, das Frauen und Mädchen umfassend vor jeglicher Form von Gewalt, inklusive häuslicher Gewalt schützt. Die Schweiz ist aufgefordert mit konkreten Massnahmen in den Bereichen Prävention, Schutz und Unterstützung von Opfern sowie Strafverfolgung aktiv zu werden und gleichzeitig auch bei der Gleichstellung der Geschlechter vorwärts zu machen.

Auf nationaler Ebene ist das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG zuständig für die Koordination der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Es erstattet dem Europarat hierzu regelmässig Bericht. Wichtige Kompetenzen zur Implementierung liegen aber bei den Kantonen, insbesondere die Strafverfolgung, die Opferhilfe sowie Erwachsenen- und Kinderschutz. Auf kantonaler Ebene übernimmt die Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt (SKHG) im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) die Koordination.

Am 13. November 2018 findet eine vom EBG organisierte nationale Konferenz zur Istanbul-Konvention in Bern statt.

Inzwischen haben bereits zivilgesellschaftliche Organisationen ein Netzwerk gebildet, um die Umsetzung der Istanbul-Konvention kritisch zu begleiten und voranzubringen .

- **Medienmitteilung des EBG**
https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/nsb-news_list.msg-id-70247.html
- **Istanbul-Konvention:**
<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/281.pdf>
- **Schweizer Website zur Istanbul-Konvention**
<http://www.istanbulkonvention.ch/>

Kontakt

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an **Susanne Rohner**, Advocacy Beauftragte von **SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz**, welche für die parlamentarische Gruppe KAIRO+ das Sekretariat führt:

susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch www.sexuelle-gesundheit.ch
Tel. 031 311 44 08

Der Newsletter erscheint viermal jährlich. Falls Sie den Newsletter nicht erhalten möchten, können Sie sich über die obige Mailadresse von der Verteilliste streichen lassen.

SANTÉ SEXUELLE Suisse
SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz
SALUTE SESSUALE Svizzera